

11 – 2006

28. November 2006

Blatt 1 von 4



Bundesparteitag 18./19.11.06 in Geseke

Hallo Freunde,

wir Ihr es beschlossen habt, machten sich Peter & Peter am Freitagmittag auf den Weg ins ferne Geseke in NRW. Ja wo liegt das? Das wussten wir vorher nur grob, grad die A 7 hoch bis Kassel, dann auf die A 44 bis zur Ausfahrt Geseke. Unser Navigationssystem brachte uns nach fast 7 Stunden tatsächlich ans Ziel: nach Geseke-Eringerfeld, Gästehaus Dicke Birken. Spartansche Bedingungen: Essen in der Zentralküche und Dusche/ WC auf dem Stockwerk im ehemaligen „Mädchenpensionat“.

Schon der Abend war spannend, in allen Seminarräumen tagten irgendwelche „Strömungen“ und legten ihre Marschrichtung für den Bundesparteitag fest. Auch im Bistro entwickelten sich heiße Diskussionen, insbesondere über die Frage von der Trennung von Amt und Mandat.

Am Samstagvormittag gings dann los, eng bestuhlt auf alten Holzstühlen, aber ein Peter „borgte“ sich gleich in einer nahen Gaststätte zwei Sitzkissen. Nach der Begrüßung erfolgte die formale Konstituierung des Parteitags. Im Rahmen der Beschlussfassung zur Tagesordnung entwickelte sich die erste Grundsatzdebatte zur Trennung von Amt und Mandat. Die KV'n Emden und München haben die Verlängerung der Übergangsregelung beantragt. Eine lange Reihe von Wortmeldungen argumentieren völlig kontrovers zu diesem Thema! Stichworte: *bessere Kontrolle der Fraktion, breitere Personalentwicklung, Wechsel der Führung auf der Zielgeraden, Kontinuität, Medien-demokratie - Bekanntheitsgrad von Personen usw.*

Schließlich erfolgt die Abstimmung, auf Antrag wird die Abstimmung ausgezählt. Mit einer knappen Mehrheit von 139 Stimmen zu 129 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Übergangsregelung bis zum 31.01.07 und damit bis zum voraussichtlichen Abschluss des Parteibildungsprozesses verlängert. Für uns Bayern war dieses Ergebnis völlig unerwartet, damit konnte Klaus Ernst wieder für den geschäftsführenden Vorstand kandidieren.

Dann stand der Bericht des BuVo auf der Tagesordnung. Klaus Ernst: „*Wir sind die Stimme derer, die sich nicht mehr alles gefallen lassen, in den Betrieben, in der Gesellschaft...*“ Ausführlich ging er auf den Stand des Parteibildungsprozesses ein. Wir sind auf dem Weg, aber noch nicht fertig. Wir dürfen das Projekt nicht vergeigen, die Menschen setzen zu viele Hoffnungen auf uns. Er differenzierte in eine politische Neugründung mit Satzung, Statut, Programm und Neuwahlen der Organe sowie der juristischen Bildung. Die gemeinsame Steuerungsgruppe sowie die beiden Parteivorstände legten Mitte Oktober ihre Entwürfe für Satzung und Programmeckpunkte vor! Das in den nächsten Monaten in den Kreisen diskutiert werden muss. Bei der rechtlichen Betrachtung müssen die Finanzen beider Parteien und ihre Präsenz in den Parlamenten, Kreistagen und Gemeinden (Listenführer-schaft) beachtet werden. Gleches gilt für die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung und deren teilweise öffentliche Finanzierung. Man könne nur verantwortlich handeln, wenn eine solide Basis für die künftige Partei entstehe. Dies sei nur möglich, wenn beide Parteien über einen Verschmelzungsvertrag als eingetragene Vereine zu einer neuen Partei verschmelzen und dabei ihre zurückliegenden Ansprüche sichern.

Geschäftsführender **Weitere Mitglieder:**
Bundesvorstand:

Klaus Ernst
Axel Troost
Felicitas Weck
Thomas Händel
(Schatzmeister)

Christine Buchholz,
Jürgen Klute, Ralf
Krämer, Martina Sa-
cher, Heidi Scharf,
Michael Schlecht,
Ulrike Zerhau, Thiess
Gleis, Christel Rajda,
Lucy Redler, Fritz
Schmalzbauer, Tho-
mas Waldheim

Brot und Rosen
ermutigen und selbstermächtigen

DIE LINKE.

**2. Tagung des Frauenplenums im
Prozess der Bildung
einer neuen Linken**
27./28. Januar 2007 in Hannover

Dazu laden wir Euch herzlich ein - alle Frauen und die interessierten Männer! (Anmeldung über den Kreisvorstand)



**Geschäftsführender Bundes-
vorstand**
(Foto: WASG-Bayern)

**8euro-
mindestlohn.de**
**Für einen gesetzlich
garantierten Mindestlohn.**

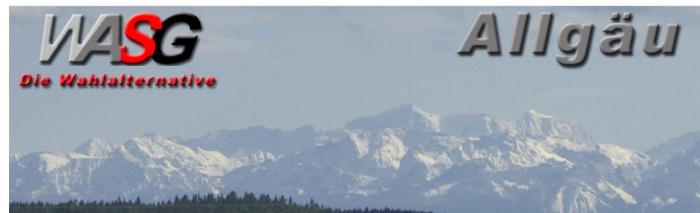
Newsletter

Regionalverband Allgäu

11 – 2006

28. November 2006

Blatt 2 von 4



In den Gesprächen mit der Linkspartei gebe es einige Besonderheiten, die durch die Stärke in den östlichen Bundesländern und deren Verankerung als Volkspartei entstünde. Um einen Neuanfang mit gesamtdeutschen Profil zu gewährleisten, sei eine Übergangsregelung für Delegierte zu den Parteitagen zugunsten der alten Bundesländern (40 %) vorgeschlagen. Konfliktpunkt sei auch noch die Trennung von Amt und Mandat, die bei zahlreichen Mandatsträgern im Osten anders beurteilt wird.

„Alles politische Handeln beginnt mit der Ökonomie“, mit diesem Wort von Karl Marx begann Thomas Händel (Bundesschatzmeister) seinen Bericht von der weiterhin kritischen Finanzsituation der Partei und der erheblichen Beitragsrückstände. Bisher seien trotz der weitgehend kooperativen Haltung aller Finanzverantwortlichen auf allen Ebenen erst 10 % der Beitragsrückstände „eingetrieben“. Bis zum Abend schloss sich dann die Generaldebatte zum Bericht des BuVo an. Nur unterbrochen von den zwei Grußworten von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Beide mitreißenden Wortbeiträge erzeugten bei uns Beiden Gänsehaut-Feeling!

Oskar Lafontaine

Unter einem riesigen Medieninteresse sprach Oskar von der Linken als Erneuerungsbewegung. Die Linke muss sicherstellen, dass das Aufkommen des Rechtsradikalismus gebremst wird. Wir haben



eine Fehlentwicklung der Demokratie in allen etablierten Parteien. Derzeit wird Politik gegen die Mehrheit der Menschen gemacht, siehe z.B. Gesundheitsreform, Rente mit 67, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Auslandseinsätze der Bundeswehr... Er fordert das Recht auf politischen Streik! Pervers sei, dass in einem der reichsten Länder der Welt erneut über Armut und Unterschicht diskutiert werden muss. Arbeit muss

Menschenwürdig bezahlt werden, denn durch Armut können die Menschen ihre Zukunft nicht mehr planen...

Gregor Gysi

Er gab einen historischen Abriss der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Linken in Deutschland sowie die verpassten Chancen der dt. Wiedervereinigung. Links heißt für ihn, im Kern die soziale



© www.wasg-bayern.de

Frage zu stellen! Krieg löste keine Probleme, sondern schafft sie erst. Zum demokratischen Sozialismus sei er nach wie vor optimistisch. Die Bergpredigt sei 2000 Jahre alt und die Zielsetzung nach wie vor nicht verwirklicht. Da sei es für ihn noch kein Problem, wenn der reale Sozialismus nach 70 Jahren im ersten Anlauf gescheitert ist.

Beide lösten Standing Ovationen aus.

Die Aussprache zum Geschäftsbericht endete mit der Empfehlung der Revision, den Vorstand nicht zu entlasten, weil die Buchführung immer noch unvollständig ist. Thomas Händel gestand die Probleme ein, weist aber auch darauf hin, dass die zwingende Zuarbeit der KV und LV zum Teil äußerst schleppend verlief. Er will nunmehr bis zum Jahresende den Kassenbericht 2005 abschließen!

Am Samstagabend beginnt die Bearbeitung der Satzungsanträge. U.a. wird die Umwandlung der WASG in einen eingetragenen eV beschlossen, die für den Beitritt der WASG zur neuen Linkspartei nach dem Umwandlungsgesetz notwendig ist. Nach einem Geschäftsordnungsantrag endet die Debatte um 23 Uhr.

Entgegen der Tagesordnung wird am Sonntag die Neuwahl des BuVo vorgezogen.

Newsletter

Regionalverband Allgäu

11 – 2006

28. November 2006

Blatt 3 von 4

Zum GF BuVo kandidieren Klaus Ernst, Rainer Spilker, Axel Troost, Felicitas Weck und Christina Zett; als Bundesschatzmeister Thomas Händel. Nachdem wir unsere zeitintensiven Probleme mit den Stimmzetteln überwunden hatten, dreimal neu gedruckt wurde der „alte“ geschäftsführende Vorstand wieder gewählt: Klaus, Axel, Thomas und Felicitas.



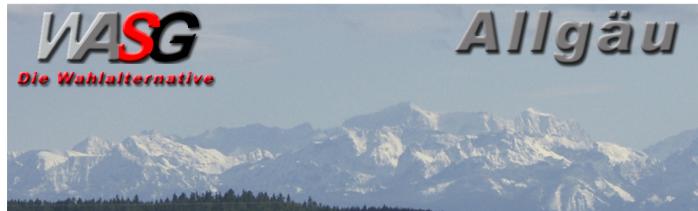
Dem schloss sich der Vorstellungsmarathon für den erweiterten Vorstand an, 25 BewerberInnen für 12 Plätze! Im ersten Wahlgang wurden Christine Buchholz, Jürgen Klute, Ralf Krämer, Martina Sacher, Heidi Scharf, Michael Schlecht und Ulrike Zerhau gewählt! Im zweiten Wahlgang: Thies Gleiss, Christel Rajda, Lucy Redler, Fritz Schmalzbauer und Thomas Waldheim.

In die Kandidatenbewerbung wird die Vorstellung des ersten und wohl einzigen WASG-Bürgermeisters Frank Fiebig (Gräfenroda in Thüringen) eingeschoben. Er hat sich im Juli mit Unterstützung der Linkspartei in einem engagierten Wahlkampf zugunsten der BürgerInnen in einem durchgängig „schwarzen Landstrich“ schon im ersten Wahlgang mit 54,2 % gegen die CDU-Kandidatin durchsetzen können, wobei gleichzeitig der Stimmenanteil der CDU von über 75 auf 44,8 % gedrückt wurde.

Zwischen den Auszählungen wurden Anträge und der **Leitartikel des BuVo** zum Parteibildungsprozess behandelt, diskutiert und beschlossen indem zahlreiche Änderungsanträge vorlagen und abgestimmt wurden.

Hierbei sind folgende Kern-Beschlüsse wichtig:

Mindestvoraussetzungen für Regierungsbeteiligungen, Einrichtungen der öffentl. Daseinsvorsorge dürfen nicht privatisiert werden, kein Personalabbau im öffentl. Dienst, keine Kürzungen sozialer Leistungen, die Stärkung von Freiheits-, Arbeits- und sozialen Rechten, stärkere Belastung großer



Einkommen und Unternehmen sowie die Förderung von Konfliktprävention und Konversionsprogrammen. (deutliche Mehrheit)

„Schlüsselbereiche der Wirtschaft müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden, wie im Artikel 15 des Grundgesetzes vorgesehen.“ (155 ja / 88 nein)

Wir bekämpfen den Krieg und lehnen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik ab (BuVo). „*Gleches gilt für UN-mandatierte Kampfeinsätze unter Berufung au Kapitel VII der UN-Charta, die einen Großteil der Bundeswehreinsätze im Ausland betreffen*“ (große Mehrheit)

„Die Trennung von Amt und Mandat. Abgeordnete von Bundes-, Landes und Europaparlamenten und Beschäftigte bei Partei, Fraktion oder Abgeordneten dürfen nicht gleichzeitig Mitglied eines Parteivorstandes auf Bundes- oder Landesebene sein. Die Delegierten der Parteitage dürfen nicht Abgeordnete oder Beschäftigte von Partei und Fraktionen oder Abgeordnete sein.“ (große Mehrheit)

Dagegen wurde der Änderungsantrag „*Die vereinte Partei der Linken bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Sie kämpft für eine demokratisch sozialistische Gesellschaft.*“ (mit deutlicher Mehrheit abgelehnt). Angeblich sei der Begriff „dS“ noch nicht inhaltlich definiert. Was wir nicht nachvollziehen können, wenn wir uns einige oben genannte Beschlüsse anschauen. Insgesamt gesehen sind wir sicherlich um einige wichtige politische Punkte weiter gekommen. Es ging letztendlich nicht nur um das leidige Personalgerangel sondern auch um politische Inhalte und Zukunftsperspektiven.



Fritz Schmalzbauer (Bayerischer Landessprecher und Mitglied im Bundesvorstand)

Newsletter

Regionalverband Allgäu

11 – 2006

28. November 2006

Blatt 4 von 4



Fazit

Die Überraschung dieses Parteitags war, dass entgegen aller Prognosen und Erwartungen der GF BuVo nicht ausgewechselt wurde und damit Kontinuität für den Parteibildungsprozess besteht. Gleches gilt für die überwiegende Mehrheit im erweiterten Bundesvorstand. Inhaltlich wurde der Parteibildungsprozess im Wesentlichen bestätigt. Die gesamtdeutsche Linke wird nicht mehr aufzuhalten sein!!

Am Sonntagabend um 17 Uhr brachen wir bei strömenden Regen und Nebel auf. Zum Glück fuhren kaum Lkw und 6 Stunden später hatte uns das Allgäu wieder. Es war anstrengend, aber spannend bei einem neuen Kapitel der Linken dabei gewesen zu sein. Und was gibt's noch zu berichten? NRW ist und bleibt kulinarisch eine Wüste!!

Peter Brosche & Peter Höflinger

Am Rande des Bundesparteitags trafen sich Peter Höflinger und Peter Vetter, der die Gründung der WASG im Allgäu angeschoben hat, zu einem kleinen Plausch...

Kaum zu glauben, was sich seit dem Sommer 2004 Bundesweit, aber auch im Allgäu entwickelt hat...

Peter Vetter war als Mitglied der Antragsberatungskommission zum Bundesparteitag gekommen. Mit seinem Sachverständnis bringt er sich zum Beispiel in Satzungsfragen in die Partei ein. Er ist unter Anderem Gründungsmitglied der „Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ und als so genannter „Abweichler“ von der SPD ausgeschlossen worden.

Grüsse aus dem Allgäu – nach Hessen!!!



Folgende Allgäuer Kolleginnen und Kollegen vertreten uns in folgenden Gremien:
(ordentliche Mitglieder sind Orange unterlegt, weitere sind Ersatzmitglieder)

Bundesparteitag	Landesparteitag	Landeskreisversammlung
Peter Höflinger	Peter Höflinger	Mike Goldberg
Peter Brosche	Peter Brosche	Markus Högg
Christina Baier	Mike Goldberg	
Mike Goldberg	Hans Peter Binder	
Markus Högg	Markus Högg	
	Christina Baier	



8 Euro Mindestlohn.
Gesetzlich garantiert.

Wir wünschen Euch eine besinnliche Adventszeit

Euer Regionalvorstand

Peter Höflinger, Mike Goldberg, Thomas Jaud